

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Redaktion: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Muskau und Dresden-Altkreis.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 18.000.— M., durch die Post bezogen monatlich 19.000.— M., unter Kreuzband für Deutschland höchstens 19.000.— M., Einzelnummer 1.000.— M., Sonnabendnummer 1.500.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schreibweise: Bettinerplatz 10, Tel. 25261, Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr, Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10, Tel. 25261, Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9spaltige Komposition 2.500.— M., auswärts 3.000.— M., die 8spaltige Reklameweile 12.000.— M., auswärts 14.000.— M., Ausland 10.000 u. 20.000 M. Bei mehrmaliger Aufgabung Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Reiseanzeigen 40 Proz. Rabatt, für Brieflieferungen 1.000 M.

Nr. 176

Dresden, Dienstag den 31. Juli 1923

34. Jahrg.

## Ein Vorstoß der Sozialdemokratie

Unser finanzpolitischer Forderungen: Wohnungsreform — scharfe Belastung der Besitzenden — eine wertbeständige Reichsanleihe — Erfassung der Sachwerte — Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler

Ein Teil der bürgerlichen Presse kriegt plötzlich einen Anfall und möchte die Regierung noch einmal retten; aber die steht schon auf der Totenliste. Dazu schreibt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst:

Der Sturz der Regierung Cuno ist sicherlich der mühseligste Teil des Vorhabens, dem Lande eine neue Regierung zu geben. Viel schwerer ist es, diese neue Regierung zu bilden. Wenn man die bürgerliche Presse liest, hat man den tiefen Eindruck, daß man die Sozialdemokratie in die Regierung hineinbringen will. Es ist nicht nur allein Helmut v. Gerlach, der in der Welt am Montag hysterisch nach der großen Koalition ruft. Die Sozialdemokratie hat das Recht und alle Verantwortung gegenüber solchen Sirenenklängen aus andern Lagern nicht bis ans Fetz zu bleiben. Das Schicksal des Kabinetts Birck, die unerhörte Hebe gegen das Kabinett, das das Londoner Ultimatum schloß, mußte die Hebe, die vor Wort 1 id Zerschlagung nicht zurückschreckte, hat die Sozialdemokratie gewagt gemacht. Nicht, daß unsere Leute um ihr Leben fürchteten. Aber wir leben es nicht ein, daß immer gerade die dreimal vermalte Sozialdemokratie der Fabel sein soll, der die Kränze abgenommen. Kein Mensch kann der Sozialdemokratie nachsehen, daß sie nicht den Mut für eine verantwortliche Politik habe. Ohne diesen Mut wäre die Republik nicht mehr und Chaos wäre in Deutschland Laftade.

Jetzt ruft man wieder nach der Sozialdemokratie. Bei den Demokraten, bei der Deutschen Volkspartei, bei dem Zentrum. In weiten Kreisen der Bürgerlichen, die an und für sich politisch indifferent sind, selbst in solchen Kreisen, die aus dem finanziellen Schlenker des Kabinetts Cuno Vorteile zogen, in Arbeitereisen, die sich herablassend den Argumenten der Sozialdemokratie, die für eine Koalitionspolitik sprachen, verschlossen, hört man den Ruf, daß es ohne die Sozialdemokratie einfach nicht geht. Wir werden uns vielleicht dem Ruf nicht entziehen können. Wir wissen, daß die Partei damit ein Opfer bringen wird. Auch die kommende Regierung wird ihre dringendste Aufgabe sein, ihre Zeit überlebt haben und den Weg gehen, den jede Regierung einmal gehen muß, wenn sie getan hat, was von ihr gefordert wurde. Dann gibt es nicht in der Politik. Wir werden aber dieses Opfer nur bringen, wenn wir wissen, daß dieses Opfer nicht umsonst gebracht wird. Wir wollen die Gewißheit haben, daß wir nicht nur die getrennten Eiferer sind, die nun wieder einmal in den Kabinetten sitzen und dort vornehm ihre Stimme erheben. Wir wollen nicht vergeblich toben. Wir wollen wissen, daß auf der andern Seite ebenso wie bei und der feste Wille vorhanden ist, zu tun, zu reiten, zu löschen, soweit es noch möglich ist. Wenn die Sozialdemokratie mit ganz bestimmten wirtschaftspolitischen und besonders finanz- und währungsrechtlichen Plänen auf den Kampfplatz tritt, auf dem sich die Nachfolge des Kabinetts Cuno vollzieht, dann wollen wir wissen, daß unsere Kontrahenten, sie mögen geartet sein, wie sie wollen, bereit und bestens Willens sind, diesen Plan zu verwirklichen. Das sogenannte Finanzprogramm der Sozialdemokratie wird entscheiden, wie in den nächsten Tagen die Würfel fallen werden.

### Forderungen der Sozialdemokratie

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei haben sich am Montag mit der sehr ersten politischen und wirtschaftlichen Situation beschäftigt. Sie beschloßen, die Fraktion zu Donnerstag 1 Uhr zusammenzubekommen. Die Fraktion wird zur politischen Situation Stellung nehmen. Angesichts der akuten wirtschaftlichen Not hat der Fraktionsvorstand sich auch mit den finanziellen Vorschlägen der Reichsregierung beschäftigt. Er hält sie nicht für weitgehend genug. In der jetzigen Situation können nur äußerste Anstrengungen und drastische Maßnahmen helfen. Der Fraktionsvorstand hält deshalb folgendes Programm für notwendig, das der Regierung sofort unterbreitet wird:

Die Rettung vor dem drohenden Zusammenbruch der inneren und äußeren Politik, die Vermeidung des sozialen Chaos macht die äußersten und entscheidendsten Maßnahmen notwendig. Jedes Erfordernis sind radikale Anstrengungen der Finanzpolitik zur Verhinderung weiterer Inflation; also Deckung der Staatslasten durch Steuern und Anleihen. Die Maßnahmen müssen sofort wirksam werden. Es dürfen deshalb keine technischen Schwierigkeiten der Steuererhebung entstehen, weshalb die Anknüpfung an bestehende Steuern notwendig ist. Der einschneidende Betrag muß ausreichen, um die Notenpresse zunächst stillzusetzen und dem Verfall der Mark Einhalt zu tun. Deshalb ist durchzuführen:

1. Dreifache Erhebung der nach dem Brotverfügungsgesetz verordneten Zwangsanleihe.
2. Dreifache Erhebung der valorisierten Vorauszahlungen der Körperschafts- und Einkommensteuer.
3. Dreifache Erhebung der am 31. Juli fälligen Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer unter Freilassung der Umsatzsteuerbeiträge von 200.000 M. und der Gewerkschaften und des Einzelhandels.
4. Während der Dauer der Aufrüstung Erhebung einer Steuer von allen Unternehmungen in Industrie, Handel und Banken in der Höhe der auf die Betriebe entfallenden Lohnsteuer.

Wägung eines Doppelentwerpers Roggen pro Hektar Land- oder forstwirtschaftlich benutzten Bodens unter Freilassung der Kleinbetriebe.

- Zur Ergänzung ist notwendig:
1. Sofortige Ablieferung der Lohnsteuer zugunlich der Unternehmerzuschläge unmittelbar nach der Lohn- und Gehaltszahlung.
  2. Ablieferung aller indirekten Steuern, insbesondere der Umsatz-, Augus-, Kohlen- und Ausfuhrsteuern, spätestens zehn Tage nach Verlauf der Ware.
  3. Restlose Tragung kalter Selbstwertungen bei Verzögerung der Steuerablieferung durch den Zahlungspflichtigen, mindestens Strafzuschläge von 200 Prozent pro Monat.
  4. Kredite und Stundungen sind vom Reich und von den Betriebsverwaltungen nur werbeständig, in der Regel auf Goldbasis und gegen Goldzins zu gewähren.
  5. Regelmäßige kurzfristige Anpassung der Tarife der Eisenbahn und Post an die Selbstwertungen, ebenso der Gebühren- und Stempelsteuer.
  6. Wertbeständige gegen Papiermarkt einzahlbare Reichsanleihe. Zinsgarantie der Reichsbank. Schaffung wertbeständiger Anlagemöglichkeiten durch die Sparkassen.

II. Weniger in der Reichsbankleitung zur Wiederherstellung ihres Kredit und des für die Zentralbank notwendigen nationalen und internationalen Vertrauens.

III. Organische Stützungsaktion. Aufbringung eines Depositionsfonds aus den Devisenmitteln der Wirtschaft gegen Kontingenzversicherung. Möglichenfalls Deklarationszwang mit eidgenössischer Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes und der im Ausland befindlichen Vermögenswerte und Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen.

IV. Sofortige Durchführung der Veranziehung der Wirtschaft auf dem Wege der Belastung durch Goldhypothek resp. durch unmittelbare Anteilnahme des Reiches an den industriellen Unternehmungen.

### Regierung und Gewerkschaften

Über Verhandlungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen meldet das offizielle Telegraphenbureau: Berlin, 31. Juli. In der Reichstagskammer fand gestern auf Einladung des Reichskanzlers eine eingehende Aussprache der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Beamten mit der Reichsregierung über die schwierige wirtschaftspolitische Lage statt, die sich infolge der Einwirkung der letzten Wochen im Reich ergeben hat. Reichskanzler Dr. Cuno gab einen Überblick über die Lage und die von der Reichsregierung durchgeführten und weiterhin geplanten Maßnahmen, insbesondere erörterte er die Möglichkeiten der werbeständigen Anleihe, die Anpassung der Reichseinnahmen an die wachsende Selbstwertungen und die schwebende Ernährungsfrage.

Die Vertreter der Gewerkschaften legten sodann dar, wie sie sich die Lösung der drängenden Fragen vorstellen. Sie empfahlen Maßnahmen, die teils sofort auf Grund bestehender Gesetze, teils in naher Zukunft durch neue Gesetze und Verordnungen durchzuführen werden könnten mit dem Ziel, stabile finanzielle Verhältnisse im Reich zu schaffen und damit die Grundlagen für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt zu erhalten.

Über diese Anregungen wie über die Maßnahmen der Regierung, über deren Richtung die Regierungsinstruktionen vom Sonntag Aufschluß gegeben hat, entspann sich eine ins Einzelne gehende Diskussion, in deren Verlauf u. a. der Reichswirtschaftsminister, der Reichsernährungsminister und der Vertreter des Reichsfinanzministeriums Gelegenheit hatten, die von der Reichsregierung verfolgte Politik zu erläutern. Insbesondere legte der Reichsbankpräsident die Gründe der bisherigen und der jetzigen Reichsbankpolitik dar. Der Reichskanzler schloß die Sitzung mit dem Danke für die gegebenen Anregungen und mit dem Wunsche, daß die Gewerkschaften auch weiterhin in dieser schweren Zeit enge Fühlung mit der Reichsregierung halten möchten.

### Stimmen aus der Partei

Gegen die Regierung Cuno

Am Freitagabend fand in Berlin eine Funktionärskonferenz der D. S. P. D. statt. Der Vorwärts veröffentlicht darüber einen Bericht, aus dem zu ersehen ist, daß sich eine äußerst bemerkenswerte Opposition gegen die bisherige Politik der Partei und den Vorwärts fühlbar gemacht und durchgesetzt hat. Nach einem Referat von Robert Schmidt kam es zu einer sehr lebhaften Debatte, in deren Verlauf heftige Angriffe erhoben wurden. Gleich der erste Redner, Genosse Timmeyer, erklärte: „Wenn wir gegen die Kommunisten kämpfen, hat es keinen Zweck, die Gemeinbeten und Ärgernisse zu kennzeichnen, da muß der Hebel bei den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen angegriffen werden. Wenn in Berlin die Verhältnisse so traurig sind, liegt es am Vorwärts. (Zustimmung.) Vor den Toren Berlins werden die Reichslisten von der Reichswehr ausgebildet. Es ist nötig, die Regierung, die das duldet, rücksichtslos zu bekämpfen.“ (Weiß.) Der nächste Redner verlangte, der Vorwärts solle Cuno energischer bekämpfen. Genosse Dr. Dery sprach dann über das notwendige Steuerprogramm und finanzwirtschaftliche

Maßnahmen. Der auf ihn folgende Genosse stellt fest: „Die Passivität der Sozialdemokratie gegenüber der Regierung Cuno wird von der Reife nicht verstanden. Schärfste Opposition gegen diese Regierung ist notwendig, aber es will scheitern, als ob Cuno ganz genau weiß, daß er von der Sozialdemokratie nichts zu fürchten hat.“ (Zustimmung.) Dann sprach Kurt Feinig, selbst vor kurzem noch Vorwärts-Redakteur: „Es liegt an uns, neben dem Zentralorgan ein eigenes Berliner Blatt zu schaffen. Wenn wir das zweite Dundertausend Abonnenten des Vorwärts erreicht haben, ist die Gründung eines eigenen Berliner Organs nicht mehr aufzuhalten! Es gehört nicht viel dazu, das Kabinett Cuno zu stürzen. Was heute hier über Cuno gesagt ist, ist viel zu gelinde gewesen.“ Rabold stellt fest, daß die Reichstagsfraktion Unterlassungsbefehle begangen hat. „Die Verlegung des Reichstages in der jetzigen Zeit, war falsch. Sie hätte eine Besprechung der wirtschaftlichen Lage erzwungen müssen. Die Reichstagsfraktion hätte offen in eine geschickte Opposition eintreten müssen. Die Regierung Cuno frügen, ist noch nicht. Wir müssen die Massen vorbereiten auf den Kampf, der nicht zu vermeiden ist.“ Auf ihn folgte Genosse Breitscheid, dessen Rede zur Opposition wohl das typische Beispiel ist für das späte Erwachen in den führenden Parteifreien. Breitscheid muß, nach dem Vorwärtsbericht, eine heftige Abrechnung mit der bisherigen Politik gehalten haben. „Die Politik der Franzosen“, so führte er aus, „hat die beste Unterstützung durch die innere Politik des Kabinetts Cuno gefunden. Nichts ist getan worden, um den Massen der Arbeitererschaft, den Hauptträgern im Arbeiterkampf, das Leben zu erleichtern. Das ist das Hauptverbrechen. Die Regierung Cuno hat, so scheint es, gar kein Interesse daran, die Verhältnisse im Innern zu ändern. Wir werden bei den Massen angehen als ein fünftes Rad am Wagen der Cuno-Regierung. Das geht nicht mehr so weiter, wir müssen sofort die schärfste Opposition gegen die Regierung Cuno anmelden. (Weiß.) Ohne Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien müssen wir unsere Forderungen erheben. Ob die Regierung Cuno gehen wird, weiß ich nicht. Aber darauf kommt es nicht an, wir müssen vor uns selbst wieder als ethische Menschen bestehen. (Stürmischer Beifall.) Zu jeder neuen Regierung stehen wir in Gemäßheit unseres Programms. Das ist der Weg, der es ermöglicht, wieder eine starke deutsche Arbeiterbewegung zu schaffen.“ (Stürmischer Beifall.) Der Erfolg dieser reinigenden Aussprache war, daß ein Antrag aus der Versammlung heraus: „Die Reichstagsfraktion sollte beauftragt werden, mit allen parlamentarischen Mitteln den Sturz der Regierung herbeizuführen“, die Billigung der Funktionäre fand, wie der Vorwärts berichtet, gegen eine starke Widerheit.“

### Protest des Bezirks Westfalen

Wir lesen in unserem Imdauer Bruderblatt: Der engere Bezirksvorstand des Bezirks Westfalen, der am Sonnabend nachmittag in Imdau tagte, beschäftigte sich mit der Frage, ob nach solchen Bemühungen, Partei und Reichstagsfraktion zum Handeln zu veranlassen, noch in dieser Stunde, die einen andern Ausweg gar nicht zuläßt, ein Einspruch auf die Dinge genommen werden solle. Nach einer Aussprache, in der die Politik der Inaktivität der Regierung und Parteileitung die allerhöchste Kritik erfuhr, beschloß man, das folgende Schreiben an den Parteivorstand und den Vorstand der Reichstagsfraktion:

„Der Bezirksvorstand des Bezirks Imdau der D. S. P. D. hat am 28. Juli Stellung genommen zur allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage. Er ist einmütig der Überzeugung, daß die Situation sofortige entscheidende Maßnahmen der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes verlangt, daß ungestüm der schärfste Kampf gegen die Regierung Cuno aufgenommen werden muß. Der Zusammenbruch ihrer Politik ist ein vollkommener, er hat die arbeitende Bevölkerung in die äußerste Notlage gebracht. Der Bezirksvorstand ist der Meinung, daß diese Lage die größte parlamentarische und außerparlamentarische Aktivität der Partei verlangt, um das Ruhrgebiet zu beenden, diejenigen geschlichen Maßnahmen durchzuführen, ohne die die Gesundung der Verhältnisse undenkbar ist (Erfassung der Sachwerte) und der Arbeiterschaft eine automatische Angliederung der Löhne an die unerhörte Steigerung der Lebenskosten sicherzustellen. Der Bezirksvorstand ist der Ansicht, daß eine noch weitere Fortsetzung der bisherigen Politik der Duldung gegenüber der Regierung Cuno der arbeitenden Bevölkerung und der Partei selbst den denkbar größten Schaden zufügen muß, ja den völligen Ruin bedeuten. Die Partei hat die Pflicht, die Führung der Massen im Kampf gegen die Wirtschaftskrise, die Scholage durch den Kapitalismus und die Reichsfinanzminister des Rechtsultraismus aufzunehmen. Dieser Kampf, der auf der ganzen Linie im Parlament, in der Presse und im Volke selbst durchzuführen ist, wird das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Partei stärken und die diejenigen Massen zuführen, die sie befähigen, baldmöglichst sich wieder aktiv an der Gestaltung der deutschen Geschichte zu beteiligen.“

### Scheidemanns Fragen

Im Berliner „Südh-Abendblatt“ stellt Philipp Scheidemann folgende Frage an die Reichsregierung:

„Zu welchen Zwecken werden Millionen und aber Millionen offiziell selbst in Handelskammern von militärisch eingestellten und interessierten Männern gesammelt? In welchem Zwecke werden junge Männer bei Tag und Nacht militärisch ausgebildet? Für wen werden in den Zeitungen täglich Wirsten zu kaufen gesucht? Für wen werden der Kasseler Schupo die Parabelumpistolens hergestellt? Entgegen der Auffassung des Reichskanzlers sind die Dinge im Reich so ernst, daß nachdrücklich zur größten Auf-